S 16 AY 30/20 ER

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Hessen

Sozialgericht Sozialgericht Darmstadt Sachgebiet Asylbewerberleistungsgesetz

Abteilung

Kategorie Beschluss

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 16 AY 30/20 ER

Datum 07.01.2021

2. Instanz

Aktenzeichen L 4 AY 4/21 B Datum 13.04.2021

3. Instanz

Datum -

Der Antrag auf GewĤhrung einstweiligen Rechtsschutzes wird abgelehnt.

Eine Kostenerstattung findet nicht statt.

GrÃ¹/₄nde

I.

Der Antragsteller begehrt im vorliegenden Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes die vorlĤufige GewĤhrung hĶherer Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG).

Der 1968 geborene Antragsteller ist afghanischer StaatsangehĶrige und bezieht seit März 2020 â∏ nach entsprechender Zuweisung durch das Regierungspräsidium Darmstadt mit Zuweisungsbescheid vom 2. März 2020 â∏ Leistungen nach dem AsylbLG vom Antragsgegner. Der Antragsteller ist in einer vom Antragsgegner bereitgestellten Gemeinschaftsunterkunft untergebracht.Â

Im Rahmen dieser Leistungsgewährung wurden dem Antragsteller fÃ⅓r die Zeit ab März 2020 Leistungen mit Bescheid vom 2. März 2020 gewährt, welche fÃ⅓r

März 2020 anteilig in Höhe von 171,29 â \Box ¬ und fýr April 2020 in Höhe von 316,00 â \Box ¬ festgesetzt wurden. Im Rahmen der Leistungsberechnung in diesem Bescheid wurde auf der Bedarfsseite der notwendige persönliche Bedarf (fýr einen ganzen Monat) mit 139,00 â \Box ¬ angesetzt und um 177,00 â \Box ¬ ergänzt, da der Bedarf vollständig durch Geldleistungen gedeckt wird (vgl. Behördenakte des Antragsgegners, Teilbereich HLU, S. 9).

Hinsichtlich der Gewährung der Leistungen Ã⅓ber den Monat April 2020 hinaus heiÃ∏t es in diesem Bescheid vom 2. März 2020:

 \hat{a}_{D} Den Betrag f \hat{A}_{r} den laufenden Monat haben wir zur Zahlung angewiesen. Die Betr \hat{A}_{r} die Folgemonate werden wir jeweils monatlich im Voraus an die in der Anlage aufgef \hat{A}_{r} hrten Zahlungsempf \hat{A}_{r} nger \hat{A}_{r} berweisen, solange sich ihre pers \hat{A}_{r} nlichen und wirtschaftlichen Verh \hat{A}_{r} ltnisse nicht ge \hat{A}_{r} ndert haben. [\hat{a}_{r}] \hat{a}_{r}

Weiter heià tes in diesem Bescheid unter der à berschrift â Allgemeine Hinweiseâ ::

â□□Die bewilligte(n) Leistung(en) wird (werden) zunächst nur für einen Monat und unter dem Vorbehalt gewährt, dass sich die vom Leistungsempfänger angegebenen und der Bewilligung zugrunde gelegten Verhältnissen nicht ändern. Ist der Leistungsbezug befristet, so endet die Zahlung mit Ablauf des angegebenen Zeitpunktes. Tritt keine Ã□nderung ein, so erfolgt â□□ ohne Antrag â□□ aufgrund stillschweigender monatlicher Neubewilligung die Weiterzahlung der bisher bewilligten Leistung (en) in der in diesem Bescheid angegebenen Höhe. Treten jedoch Ã□nderung in den Verhältnissen ein und erfolgt dadurch eine gesetzlich nicht gerechtfertigte Zahlung, so ist diese zu erstatten, soweit sie der Leistungsempfänger zu vertreten hat.â□□

Fýr die Zeit ab Mai 2020 wurden die Leistungen entsprechend der Berechnung für April 2020 in dem Bescheid vom 2. März 2020 zur Auszahlung gebracht. Weitere Bescheide sind hinsichtlich der Gewährung von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach dem AsylbLG nicht ergangen.

Am 1. Oktober 2020 erhob der Antragsteller mit Schriftsatz seines Bevollmächtigten vom 28. September 2020 beim Antragsgegner Widerspruch gegen die Leistungsgewährung â∏im Zeitraum ab 01.05.2020â∏.

Am 7. Oktober 2020 beantragte der Bevollmächtigte des Antragstellers mit weiterem Schriftsatz vom 28. September 2020 die Ã \square berprÃ 1 4fung der Leistungsbewilligung fÃ 1 4r die Zeit vom 1. MÃ n 2 2020 bis 30. April 2020 nach n 3 Zehntes Buch Sozialgesetzbuch n 3 Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz n 4 (SGB X).

Ebenfalls am 1. Oktober 2020 hat der Antragsteller das hiesige Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes anhängig gemacht. Er trägt im Wesentlichen vor, dass die Einstufung des Antragstellers wegen seiner Unterbringung in einer Gemeinschaftsunterkunft in der Regelbedarfsstufe 2, welche sonst nur fÃ $\frac{1}{4}$ r Partner in einem gemeinsamen Haushalt gelte, verfassungswidrig sei. Wegen der weiteren Einzelheiten wird insoweit auf die neunzehnseitige Antragsschrift vom 28.

September 2020 (Bl. 1 ff. der Gerichtsakten) verwiesen. Nach gewährter Akteneinsicht durch die Kammer trägt der Antragsteller weiter vor, dass er sich nach dem Inhalt der Akte des Antragsgegners mindestens seit August 2019 im Bundesgebiet aufhalte, so dass ihm nunmehr Leistungen analog zu den des Sozialgesetzbuch, Zwölftes Buch â∏ Sozialhilfe â∏ (SGB XII) zustehen würden.

Der Antragsteller beantragt,

der Antragsgegner wird im Wege der einstweiligen Anordnung verpflichtet, dem Antragsteller vorlĤufig und unter dem Vorbehalt der Rýckforderung bis zu einer rechtskrĤftigen Entscheidung ýber den Widerspruch des Antragstellers vom 28.09.2020 gegen die faktische LeistungsgewĤhrung durch den Antragsgegner (Az: xxxxx1) unter Beachtung der Rechtsauffassung des Gerichts die beantragten Leistungen in verfassungsgemĤÄ□er Höhe in der Regelbedarfsstufe 1 ab Eingang dieses Antrages bei Gericht zu gewĤhren.

Der Antragsgegner beantragt, den Antrag abzuweisen.

Zur Begründung dieses Antrages verweist der Antragsgegner auf zwei Entscheidungen des LSG Baden-Württemberg vom 13. Februar 2020 und des LSG Berlin-Brandenburg vom 2. März 2020 und macht sich deren Inhalt zu Eigen.

Wegen der weiteren Einzelheiten zur Sach- und Rechtslage wird auf den Inhalt der Gerichtsakte sowie der BehĶrdenakte des Antragsgegners (ein Band) verwiesen. Diese wurden zu Entscheidung herangezogen.

II.

Der Antrag ist zulĤssig, insbesondere als Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung in der Form einer Regelungsanordnung nach <u>§ 86b Abs. 2 Nr. 2</u>

Sozialgerichtsgesetz (SGG) statthaft. Danach kann das Gericht der Hauptsache auf Antrag zur Regelung eines vorlĤufigen Zustands in Bezug auf ein streitiges RechtsverhĤltnis eine einstweilige Anordnung erlassen, wenn eine solche Regelung zur Abwendung wesentlicher Nachteile nĶtig erscheint.

Ob ein Antrag nach $\frac{\hat{A}\S}{86b}$ Abs. 1 SGG oder ein solcher nach Abs. 2 der Norm vorliegt, ist durch das zur Entscheidung berufene Gericht mittels Auslegung des Antragsbegehrens zu ermitteln, ohne dabei am Wortlaut des Antrages zu haften oder an diesen gebunden zu sein. Ein Antrag nach $\frac{\hat{A}\S}{86b}$ Abs. 2 SGG ist dabei in einen Antrag nach $\frac{\hat{A}\S}{86b}$ Abs. 1 SGG umzudeuten, wenn dies dem sachgerecht verstandenen Begehren der Antragstellerseite entspricht (vgl. etwa Burkiczak in: Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGG, 1. Aufl. 2017, $\frac{\hat{A}\S}{86b}$ SGG, Rn. 108). Gleiches gilt f $\frac{\hat{A}1}{4}$ r den umgekehrten Fall. \hat{A}

Der Antragsteller wendet sich vorliegend gegen die Bedarfsermittlung unter Anwendung der Regelbedarfsstufe 2 durch den Antragsgegner und begehrt die GewĤhrung hĶherer Leistungen nach dem AsylbLG. Das Begehren des Antragstellers richtet sich vorliegend auf eine LeistungsgewĤhrung unter Anwendung der Regelbedarfsstufe 1, also unter Beachtung des Regelbedarfs,

welcher für Alleinstehende zumindest für das Jahr 2020 unter Anwendung des Regelbedarfs-Ermittlungsgesetzes ermittelt wurde. Dies ergibt eindeutig sich aus dem Wortlaut des Antrages des anwaltlich vertretenen Antragstellers im hiesigen Verfahren. Weiter begehrt der Antragsteller, dass bei der Bedarfsberechnung unter Zugrundelegung der Regelbedarfsstufe 1 von der Anwendbarkeit des § 2 AsylbLG auszugehen ist, ihm mithin Leistungen analog zu den Vorschriften des SGB XII und demnach nicht lediglich Grundleistungen nach § 3 AsvIbLG zu gewÄxhren sind. Das damit zu erkennende Ziel des Antragstellers im vorliegenden Verfahren kann dieser nur im Rahmen einer einstweiligen Anordnung in der Form einer Regelungsanordnung erreichen. Der Antragsteller kann insoweit nicht auf ein vorrangiges Verfahren nach <u>§ 86b Abs. 1 SGG</u> verwiesen werden. Dies scheitert daran, dass ein Bescheid über die vom Antragsteller begehrte Leistungshöhe unter Beachtung des fÃ1/4r das Jahr 2020 geltenden Regelbedarfs der Regelbedarfsstufe 1 sowohl nach <u>§ 3 AsylbLG</u> wie auch nach <u>§ 2 AsylbLG</u> durch den Antragsgegner bisher nicht erlassen wurde. Eine Suspendierung der vom Antragsteller angenommenen â∏∏faktischen Leistungsgewährungâ∏∏ würde also keine leistungserhĶhende Wirkung entfalten kĶnnen.

Der so verstandene zulĤssige Antrag ist jedoch unbegrļndet.

Nach <u>ŧ 86b Abs. 2 Satz 1</u> Sozialgerichtsgesetz (SGG) kann das Gericht auf Antrag eine einstweilige Anordnung in Bezug auf den Streitgegenstand treffen, wenn die Gefahr besteht, dass durch eine VerĤnderung des bestehenden Zustandes die Verwirklichung eines Rechts der Antragstellerseite vereitelt oder wesentlich erschwert werden kĶnnte. Nach Satz 2 der Vorschrift sind einstweilige Anordnungen auch zur Regelung eines vorlĤufigen Zustandes in Bezug auf ein streitiges RechtsverhĤltnis zulĤssig, wenn eine solche Regelung zur Abwendung wesentlicher Nachteile notwendig erscheint. Die GewĤhrung einstweiligen Rechtsschutzes setzt in diesem Zusammenhang einen Anordnungsanspruch, also einen materiell-rechtlichen Anspruch auf die Leistung, zu der der Antragsgegner im Wege des einstweiligen Rechtsschutzes verpflichtet werden soll, sowie einen Anordnungsgrund, nĤmlich einen Sachverhalt, der die Eilbedļrftigkeit der Anordnung begründet, voraus. Nach <u>ŧ 86b Abs. 2 Satz 3 SGG</u> i. V. m. <u>ŧA§ 920 Abs. 2</u>, <u>938</u>, <u>294</u> Zivilprozessordnung (ZPO) sind sowohl Anordnungsgrund, als auch Anordnungsanspruch glaubhaft zu machen.

Der Antragsteller hat einen Anordnungsanspruch nicht glaubhaft gemacht. Dem vom Antragsteller geltend gemachten Anspruch auf h \tilde{A} ¶here Leistungen nach dem AsylbLG f \tilde{A}^{1} ⁄ar die Zeit ab der Antragstellung bei Gericht steht die Bestandskraft des Bewilligungsbescheides des Antragsgegners vom 2. M \tilde{A} xrz 2020 und die damit verbundene Bindewirkung f \tilde{A}^{1} ⁄ar die Beteiligten (vgl. \hat{A} \$ 77 SGG) entgegen. Bei dem Bescheid der Antragsgegnerin vom 2. M \tilde{A} xrz 2020 handelt es sich um einen Dauerverwaltungsakt mit Wirkung \tilde{A}^{1} ⁄aber die ausdr \tilde{A}^{1} ⁄acklich benannten Monate M \tilde{A} xrz und April 2020 hinaus. Dies ergibt sich bei objektiver Betrachtung des Bescheids vom 2. M \tilde{A} xrz 2020 aus der Sicht eines verst \tilde{A} xndigen Empf \tilde{A} xngers dieser Willenserkl \tilde{A} xrung des Antragsgegners. Mit diesem Verwaltungsakt wurden den Antragstellern zwar zun \tilde{A} xchst lediglich Leistungen gem \tilde{A} x \tilde{A} $\tilde{$

bewilligt. Die weitere, im Text des Bescheides enthaltenen Formulierung über die Geltungsdauer spricht jedoch letztlich fýr eine zeitlich nicht befristete Wirkung des Bescheides über den Monat April 2020 hinaus. Der Antragsgegner hat aufgrund der gewĤhlten Formulierung die LeistungsgewĤhrung gerade nicht befristet, sondern unter die Bedingung gestellt, dass diese fortgelten soll, solange sich die â∏persönlichen und wirtschaftlichen nicht geändert habenâ∏. Aus dieser, dem Verfügungssatz des Bescheides zuzurechnenden Passage ergibt sich für einen objektiven Empfänger dieser Willenserklärung die dauerhafte Wirkung der LeistungsgewĤhrung. Die daher anzunehmende Dauerwirkung der Leistungsbewilligung entfÄxllt auch nicht wieder durch die ErklÄxrung bzw. Ankündigung im Bereich â∏Allgemeine Hinweiseâ∏, dass eine derartige â∏Weiterzahlungâ∏ aufgrund nicht antragsabhängiger â∏Stillschweigender monatlicher Neubewilligungâ∏ erfolgen werde. Denn diese Formulierungen sind nicht geeignet, den hinsichtlich der dauerhaften Bewilligung eindeutigen Verfügungssatz des Bescheids zu relativeren. Zunächst fehlt es diesen unter der Rubrik â∏Allgemeine Hinweiseâ∏ erfolgenden Erklärungen nach Auffassung der Kammer am nötigen Zusammenhang mit dem Verfügungssatz des Bescheids, so dass hieraus eine EinschrĤnkung der Bewilligung bei objektiver Betrachtung des ErklĤrungswillens nicht im erforderlichen Umfang hergeleitet werden kann. Darüber hinaus lÃxsst schon die für diesen Bereich des Bescheids gewÃxhlte ̸berschrift fÃ⅓r einen objektiven Empfänger darauf schlieÃ∏en, dass darin keine die Reichweite der vorherigen VerfÄ1/4gung Äxndernden Regelungen enthalten sind, sondern eben nur das RechtsverhÄxltnis zwischen Antragsteller und Antragsgegner im Allgemeinen betreffende Hinweise. Diese Ungenauigkeit im Aufbau des Bescheids muss sich der Antragsgegner anrechnen lassen, so dass es bei der Dauerwirkung des Bescheids vom 2. MÃxrz 2020 trotz dieser Hinweise bleibt. Auf den Umstand, dass auch nahezu alle weiteren Hinweise in dieser Rubrik mit dem geltenden Verfahrensrecht nur schwer in Einklang zu bringen sind, kommt es für die Bestimmung der zeitlichen Wirkung des oben genannten Bescheides nicht an.

Auch wenn sich der Akte des Antragsgegners der exakte Bekanntgabezeitpunkt dieses Bescheides nicht entnehmen lĤsst, ergeben sich aus der gesamten Akte und dem Vortrag der Beteiligten im hiesigen Verfahren keine Zweifel daran, dass dieser Bescheid dem Antragsteller zugegangen ist. BestĤrkt wird dies dadurch, dass der Antragsteller am Tag der Bescheiderstellung eine Geldkarte erhalten hat, mit welchem es ihm mĶglich war die mit dem oben genannten Bescheid bewilligten Leistungen in Empfang zu nehmen. Die Kammer geht daher von einer AushĤndigung des Bescheides am 2. MĤrz 2020 aus, so dass dieser im April 2020 in Bestandskraft erwachsen ist und damit fĽr die Beteiligten bindend wurde.

Der Bestandskraft dieses mit einer ordnungsgemĤÄ□en Rechtsbehelfsbelehrung im Sinne des <u>§ 66 SGG</u> versehenen Bescheides steht der Widerspruch des BevollmĤchtigten des Antragstellers, welcher beim Antragsgegner am 1. Oktober 2020 einging, nicht entgegen. Diese Widerspruchserhebung liegt evident auÄ□erhalb der Widerspruchsfrist des <u>§ 84 Abs. 1 SGG</u>.

Bei dem anwaltlich vertretenen Antragsteller musste dieser Widerspruch auch nicht in einen Antrag nach \hat{A} § 44 SGB X (\hat{A}]berpr \hat{A} ½fungsantrag) umgedeutet werden.

Dies zeigt schon der Umstand, dass der BevollmĤchtigte des Antragstellers wenige Tage nach der Widerspruchserhebung explizit einen solchen Antrag bezogen auf andere Teile der LeistungsgewĤhrung aufgrund des Bescheides vom 2. MĤrz 2020 gestellt hat (vgl. Akte des Antragsgegners, Teilbereich HLU, Seite 35 f.). Der ErklĤrungswille der Widerspruchserhebung ist damit eindeutig auf die Erhebung des Widerspruchs begrenzt und deshalb nicht erweiternd auszulegen.

Auch der Ã\[\text{\textit{berpr}\tilde{A}\sqrt{\text{fungsantrag}}, welche am 7. Oktober 2020 beim Antragsgegner eingegangen ist f\tilde{A}\sqrt{\text{hrt}} nicht zu einem Rechtsverh\tilde{A}\text{wltnis}, welches im vorliegenden Verfahren des einstweiligen Rechtschutzes einer Regelung nach \tilde{A}\tilde{\text{8}} 86b Abs. 2 SGG zug\tilde{A}\tilde{a}\text{nglich w}\tilde{A}\tilde{a}\text{re.} Dieser \tilde{A}\tilde{b}\text{berpr}\tilde{A}\sqrt{\text{fungsantrag}} ist nach seinem eindeutigen Wortlaut auf die Monate M\tilde{A}\tilde{a}\truz und April 2020 beschr\tilde{A}\tilde{a}\trux nkt und entfaltet damit keine \tilde{A}\tilde{b}\text{berpr}\tilde{A}\sqrt{\text{fungswirkung}} f\tilde{A}\sqrt{\text{4}}\text{r die Zeit ab Eingang des Antrags auf Gew\tilde{A}\tilde{a}\trux hrung einstweiligen Rechtschutzes bei Gericht am 1. Oktober 2020.

Auf die Frage der VerfassungsmäÃ□igkeit der Leistungsbemessung aufgrund der Regelbedarfsstufe 2 sowohl im Bereich der <u>§Â§ 3</u>, <u>3a AsylbLG</u>, wie auch <u>§ 2</u> <u>AsylbLG</u> kommt es daher im vorliegenden Verfahren nicht mehr entscheidend an.

Die Kostenentscheidung beruht auf einer entsprechenden Anwendung von $\frac{\hat{A}\S 193}{SGG}$.

Ohne dass es fýr die Entscheidung im hiesigen Verfahren vom Belange werden könnte weist die Kammer jedoch darauf hin, dass dem Antragsteller wohl tatsächlich zwischenzeitlich Leistungen nach $\frac{\hat{A}}{8}$ 2 AsylbLG zustehen dýrften, wenn diese nicht zwischenzeitlich die Dauer des Aufenthaltes rechtsmissbräuchlich selbst beeinflusst hat. Der Auskunft aus dem Ausländerzentralregister (vgl. Akte des Antragsgegners, Teilbereich ST, Seite 2) ist zu entnehmen, dass die Ersteinreise des Antragstellers in das Bundesgebiet am 11. Mai 2019 erfolgte. Aufenthaltsunterbrechungen sind nicht ersichtlich. Die 18-monatige Wartefrist des $\frac{\hat{A}}{8}$ 2 Abs. 1 S. 1 AsylbLG dþrfte damit nach der $\frac{\hat{A}}{1}$ berzeugung der Kammer im November 2020 abgelaufen sein.

Die Beschwerde gegen diesen Beschluss ist ausgeschlossen (<u>§ 172 Abs. 3 Nr. 1</u> <u>SGG</u>).

Erstellt am: 10.01.2022

Zuletzt verändert am: 23.12.2024